

2. Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten

Parlamentarische Initiative André Müller (FDP, Uitikon), Jürg Sulser (SVP, Otelfingen) vom 25. Mai 2020

KR-Nr. 174/2020

Ordnungsantrag

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich hätte gerne etwas zu diesem Thema gesagt, ich nehme an, mein Kollege Urs Hans auch. Und Kopfweh werden Sie nachher keines davon haben, deshalb bitte ich Sie um Kurzdebatte. Ich danke Ihnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag mit 62 : 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab. Das Geschäft wird in reduzierter Debatte behandelt.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ich vertrete in diesem Geschäft den Erstinitianten André Müller, der an der heutigen Sitzung leider nicht teilnehmen kann.

Uns ist durchaus bewusst, dass das Instrument der Standesinitiative mit Zurückhaltung gebraucht werden sollte. Aber wenn wir sehen, wie stark der Anti-Zürich-Reflex in Bern auch in der Corona-Debatte (*Corona-Pandemie*) ist, sind wir überzeugt, dass die spezielle Situation unseres Kantons als wichtigster Motor der Schweizer Wirtschaft während und nach der Corona-Krise eine Ausnahme rechtfertigt. Speziell das Verhalten der Vertreter der Bergkantone in Bern, die sich ja selber als Tourismusgebiete ausrufen und damit grössere Flexibilität bei den Öffnungszeiten erhalten, ist wenig freundeidgenössisch, darum haben wir zu diesem Instrument gegriffen. Es soll klarmachen, wo wir als Kanton stehen.

Nun gut, worum geht es bei dieser Standesinitiative? Die Wirtschaft wurde und wird von der Corona-Pandemie stark getroffen. Wir wollen deshalb alle Möglichkeiten nutzen, den wirtschaftlichen Schaden so gering wie möglich zu halten und die gesellschaftlichen Kosten abzufedern und nicht einfach nur Schäden mit staatlichen Mitteln zu begleichen. Den Läden soll zeitlich befristet erlaubt werden, die gestrichenen Sonntagsverkäufe vom letzten Jahr nachzuholen und weitere hinzuzufügen. Das wichtigste Mittel einer wirtschaftlichen Erholung, welches wir selber steuern können, ist der private Inlandkonsum. Bei jeder Strassenvorlage moniert die Ratslinke, zusätzliches Angebot schaffe zusätzliche Nachfrage. Beim privaten Inlandkonsum gilt das plötzlich nicht mehr. Ein kurzer Blick auf die Umsätze der Verkaufsgeschäfte im vergangenen Jahr zeigt aber klar, dass geschlossene Geschäfte sehr wohl zu geringeren Umsätzen führen und zu einer Verschiebung hin zum Onlinehandel, bei Anbietern irgendwo auf dieser Welt. Der Umsatz eines Tages mit geschlossenem Geschäft wird nicht einfach später kompensiert,

deshalb zahlen wir auch ja auch Härtefallhilfen, wenn Geschäfte 40 Tage geschlossen hatten. Zur Erinnerung: Jedes Jahr hat 52 Sonntage.

Mit einer zeitlichen Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit durch flexibilisierte Ladenöffnungszeiten wird die Wirtschaftsleistung erhöht. Davon können insbesondere das Gewerbe und kleinere Dienstleistungsanbieter, die besonders stark von der Pandemie betroffen wurden, profitieren – und weniger die grossen Detailhändler, die relativ ungeschoren durch die Krise gekommen sind, weil sie eben nie schliessen mussten. Dabei wurden die Innenstädte, die urbanen Zentren von den Lockdowns besonders hart getroffen. Verbreitetes Home-Office führt werktags weiter – auch heute noch – zu sinkenden Umsätzen. Zusätzliche Sonntagsverkäufe wären eine Möglichkeit, einen Teil dieser auch unter der Woche verlorenen Einnahmen zu kompensieren. Denn glauben Sie mir, das Gewerbe will keine bürokratischen, unsicheren und unvollständigen Almosen, das Gewerbe will Umsätze.

Mit einer Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten können sich die Konsumentinnen und Konsumenten ausserdem zeitlich besser verteilen, was Ansammlungen von Menschen verringert, das Social Distancing erleichtert und Warteschlangen gerade vor kleineren Geschäften verkürzt. Heute können die Gemeinden maximal vier Sonn- oder Feiertage bezeichnen, an denen in Verkaufsgeschäften die bewilligungsfreie Beschäftigung von Arbeitnehmenden erlaubt ist. Es dürfen höchstens zwei Sonntage nacheinander bezeichnet werden. Denkbar und wahrscheinlich am einfachsten umsetzbar wäre eine Erhöhung dieser Anzahl Sonntagsverkäufe von heute vier pro Jahr auf eine höhere Anzahl.

Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass diese Standesinitiative auf der linken Ratsseite reflexartig und ungeprüft auf Ablehnung stossen wird. Nicht zum ersten Mal haben gewerkschaftsnahe Kreise im Rahmen der Circle-Diskussion (*neu eröffnetes grosses Zentrum beim Flughafen Zürich*) gezeigt, wofür sie wirklich stehen: Statt Arbeitsplätze zu schaffen, möchte die Ratslinke die Angestellten, welche sie angeblich vertritt, in die Arme des Staates treiben und von staatlichen Almosen abhängig machen, rein nach dem Motto: Lieber Kurzarbeit als Sonntagsarbeit. Glauben Sie mir, gerade in der heutigen Zeit gibt es viele Leute, die niederschwellige Arbeitsstellen suchen – auch am Sonntag. Bei der Ablehnung der Sonntagsarbeit legen Sie immer wieder ein Menschenbild zugrunde, das unseres Erachtens nicht stimmt und das nicht unterstützungswürdig ist. Es ist ein Bild der Opfer, ein Bild des unselbstständigen Menschen, der nicht für sich entscheiden kann. Leute wollen aber Unabhängigkeit. Menschen wollen produktiv sein, sie wollen einen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen. Waren Sie in den letzten Tagen wieder einmal in einem Geschäft, das endlich wieder öffnen durfte? Die allermeisten Mitarbeitenden waren froh, endlich wieder arbeiten zu dürfen, denn Arbeit ist auch Erfüllung und Bestätigung, nicht nur Geldverdienen. Wir sind daher überzeugt, dass es genügend Freiwillige geben wird, die sich für eine Arbeitsstelle auch am Sonntag bewerben werden. Denn Sonntagsarbeit ist gesetzlich niemals ein Zwang, auch wenn es teilweise so dargestellt wird, sondern vielmehr eine weitere Möglichkeit und eine Möglichkeit, die mit vielen Schutzklauseln ausgestattet ist. Gerade Corona hat gezeigt, unser Arbeitsleben wird künftig flexibler gestaltet

sein. Eine privilegierte Elite, die im Home-Office arbeiten kann, nimmt wie selbstverständlich für sich in Anspruch, auch nach Corona den eigenen Tagesablauf freier gestalten zu können: Vielleicht mal am Nachmittag für die Kinder da sein und dann dafür am Abend oder am Wochenende zu arbeiten. Wieso soll diese Flexibilität nur einer privilegierten Minderheit offenstehen? Flexible Ladenöffnungszeiten erlauben es auch, dass verschiedene Arbeits- und Lebensmodelle nebeneinander bestehen. Und sie erlauben Eltern in ganz neuer Weise für ihre Familie da zu sein, zum Beispiel abwechslungsweise. Eine Flexibilisierung der Arbeits- und Ladenöffnungsgesetzgebung würde dies massiv begünstigen, zugunsten der Arbeitnehmenden und zugunsten der Kundschaft.

Die FDP ist überzeugt, dass die heutige Arbeits- und Ladenöffnungsgesetzgebung nicht mehr zeitgemäss ist und unserer Lebenswirklichkeit nicht mehr entspricht. Hier und heute wollen wir aber nicht die Bundesgesetzgebung ändern – irgendwie durch die Hintertür. Was wir mit dieser Standesinitiative erreichen wollen, ist, dass dem Kanton Zürich die Möglichkeit gegeben wird, die viele Bergkantone automatisch haben, zeitlich begrenzt die Ladenöffnungszeiten auf weitere Sonntage auszuweiten, bis die ökonomischen Folgen der Corona-Krise ausgestanden sind.

Liebe Ratslinke, lassen Sie sich auf diesen Handel ein und unterstützen Sie für einmal Ihre Klientel, die Sie vorgeben zu vertreten: die Arbeitnehmenden. Was wollen Sie lieber, dass das Geld, das ein Teil der Haushalte aufgrund der verschiedenen Konsumeinschränkungen nicht ausgeben konnte, in Ferien im Ausland oder in teure Autos, also auch ins Ausland fliesst, oder in den Inlandkonsum bei unserem lokalen Gewerbe? Entscheiden Sie selber. Liebes Bundesparlament, liebe Bergkantone, liebe Empfänger des Finanzausgleichs, hört den Kanton Zürich: Wir sind die wirtschaftliche Stütze der Schweiz und grosser Zahler in den nationalen Finanzausgleich. Sie profitieren überdurchschnittlich und ohne Gegenleistung, wenn es uns wirtschaftlich gut geht. Geben Sie uns daher die Möglichkeit, dies auch weiterhin zu tun; Sie profitieren davon. Besten Dank.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Die Ausgangsüberlegung der parlamentarischen Initiative vom 25. Mai 2020 war, die Ladenöffnungszeiten weiter zu flexibilisieren, indem die Anzahl der Sonntagsverkäufe und deren erlaubte Frequenz von heute vier Sonntagen pro Jahr erhöht wird. Inzwischen haben wir eine andere pandemiebedingte Situation, was jedoch die Dringlichkeit der Umsetzung der Initiative hinsichtlich flexiblerer Ladenöffnungszeiten zusätzlich verstärkt. Davon würden insbesondere das Gewerbe und die kleineren Dienstleistungsanbieter, die besonders stark von der Corona-Pandemie betroffen wurden, profitieren. Gerade dem Detailhandel wäre es so möglich, besser gegen den massiv angestiegenen und übermächtig gewordenen Onlinehandel konkurrenzieren zu können. Die Corona-Restriktion haben den Boom des Onlinehandels zusätzlich verstärkt und es ist daher immens wichtig, dass der Detailhandel, insbesondere die Läden in den Zentren, dem Onlinehandel, bei dem es bekanntlich keine Ladenöffnungszeiten gibt, etwas entgegensetzen könnten. Zusätzliche Sonntagsverkäufe sind eine Möglichkeit, verlorene Einnahmen zu kompensieren und die Ware an die Leute

zu bringen. Das hat auch einen Umweltaspekt: Die Lager mit den Frühjahrskollektionen sind randvoll und sollten nicht entsorgt werden müssen. Ausserdem könnten Arbeitsplätze und Lehrstellen erhalten und wieder ausgebaut werden. Denn diese sind vielerorts durch die coronabedingten Restriktionen vom Abbau bedroht. Hinzu kommt, dass sich die Konsumenten auch zeitlich besser verteilen könnten, was die gehäufte Ansammlung von Menschen in den Geschäften verringert. Jetzt braucht es zur Abfederung der Corona-Schäden befristete Ausnahmeregelungen. Die Läden in den Bahnhöfen und am Flughafen sind jeden Sonntag voll. Dies zeigt, dass die breite Bevölkerung sonntags shoppen gehen möchte. Andererseits führt das aber auch zu einem Ungleichgewicht gegenüber denjenigen, die am Sonntag nicht öffnen dürfen, und dies stört mich gewaltig. Unterstützen Sie diese PI und helfen Sie damit mit, dem Detailhandel eine Perspektive gegen den übermächtigen Onlinehandel zu ermöglichen. Danke.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Die aktuelle Corona-Pandemie verlangt uns allen vieles ab, im Beruf, in der Freizeitgestaltung, im sozialen und familiären Umgang. Auch in der Politik macht Corona einiges komplizierter, aber wir haben uns ja inzwischen daran gewöhnt, dass wir während laufenden Budgetdebatten bereits Nachtragskredite für das in Diskussion stehende Budgetjahr sprechen oder die Bedingungen für die Teilnahme an Härtefallprogrammen fast im Monatstakt ändern. Allerdings macht uns Politikerinnen und Politikern Corona das Leben in gewissen Bereichen auch einfacher: Wir können nämlich jedes x-beliebige Anliegen, jedes x-beliebige Thema, jeden x-beliebigen Vorstoss aus der Schublade ziehen, müssen einfach eine Verbindung mit Corona finden und voilà, schon haben wir ein altes Anliegen, neu verpackt, auf die Agenda dieses Rates gesetzt. Diese parlamentarische Initiative ist ein schönes Beispiel dafür, sie verlangt etwas, das SVP und FDP sowieso schon seit jeher verlangen: mehr Sonntagsverkäufe. Die Vorstösse dazu sind ja Legion. Jetzt kommt halt noch ein neuer dazu, diesmal einfach mit einer Corona angepassten Argumentation.

Nur, diese PI ist aus zwei Gründen ein untaugliches Mittel, erstens, in zeitlicher Hinsicht: Eingereicht wurde sie im Mai 2020, sie ist nun also bereits seit einem knappen Jahr auf der Traktandenliste. Sollte die PI vorläufig unterstützt werden, geht sie dann in eine Kommission, vermutlich in die WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*), die hat schon jetzt viele Geschäfte. Die PI wird also erst einmal hintenanstehen müssen, sagen wir drei, vier Monate lang. Die Beratung dauert dann zwei Monate. Dann geht das Geschäft an den Regierungsrat, dieser hat sechs Monate Zeit für eine Stellungnahme. Dann geht es zurück in die WAK, Behandlungszeit nochmals drei Monate. Dann wartet der Antrag auf der Traktandenliste dieses Rates, wiederum mehrere Monate. Vielleicht wird die PI dann irgendwann definitiv überwiesen und geht per Brief nach Bern. Dort würden dann nochmals Monate vergehen, bis so etwas spruchreif würde. Also schnelle Corona-Hilfe, die sieht wahrlich anders aus.

Und wenn wir schon in Bern sind – und das ist der zweite Grund, weshalb diese PI untauglich und überflüssig ist –, das Thema «Sonntagsverkäufe» wurde in der

letzten Session des Bundesparlaments im Rahmen der Covid-Massnahmen diskutiert, und sowohl National- wie Ständerat haben das Anliegen abgelehnt. Deshalb wäre eine vorläufige Unterstützung dieser PI nur eines: eine unnötige Beübung dieses Rates, einer seiner Kommissionen, des Regierungsrates und der Verwaltung.

Sie haben gemerkt, inhaltlich habe ich zum Thema «pro und kontra Sonntagsverkäufe generell beziehungsweise zusätzliche Sonntagsverkäufe im Speziellen» bislang kein Wort gesagt, und ich werde auch nichts dazu sagen. Warum? Weil wir diese Argumente in diesem Rat schon unzählige Male ausgetauscht haben, hinauf- und hinunterdekliniert haben. Die Argumente liegen längst auf dem Tisch. Und neue Argumente – das haben meine beiden Vorredner gerade bewiesen –, neue Argumente werden in dieser Diskussion nicht auf den Tisch kommen. Deshalb geht es mir dann so wie dem Ratskollegen Ueli Bamert, einfach unter umgekehrtem Vorzeichen. Er hat im Dezember bei einer Interpellation (*KR-Nr. 418/2020*) bezüglich der Zulässigkeit der Sonntagsverkäufe im Circle gesagt, wir erinnern uns: «Eigentlich sollten wir ja heute das Budget besprechen, aber leider müssen wir uns wieder einmal der Sonntagsarbeit widmen. Es ist ja nicht allzu lange her, da haben wir in diesem Rat eine Grundsatzdebatte zu diesem Thema geführt. Ich möchte meine Redezeit hier nutzen, um meinem Ärger über diesen erneuten linksgrün-religiösen Angriff auf die Sonntagsarbeit Luft zu machen.» Ganz in diesem Sinn und Geist sage ich Ihnen nun: Eigentlich hätten wir heute wichtige Geschäfte zu besprechen, Geschäfte mit neuen und bedenkenswerten Ideen. Aber leider müssen wir uns wieder einmal der Sonntagsarbeit widmen. Es ist ja noch nicht allzu lange her, dass wir in diesem Rat eine Grundsatzdebatte zu diesem Thema geführt haben. Ich möchte meine Redezeit hier nutzen, um meinem Ärger über diesen erneuten bürgerlich-neoliberalen Angriff auf die Sonntagsruhe Luft zu machen.

Die SP-Fraktion wird diese PI selbstverständlich nicht unterstützen. Besten Dank.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Die Corona-Pandemie hat uns zweifelsohne in eine herausfordernde Zeit katapultiert. Auch die öffentliche Hand muss tief in die Kasse greifen. Was die Zukunft bringen mag, ist noch ungewiss. Wir müssen unseren Gehirnschmalz für Ideen verwenden, wie wir uns wirtschaftlich rasch erholen. Nach der Krise könnte vor der nächsten sein.

Als kurz- bis mittelfristige Lösung kann mit einer zeitlichen Ausweitung durch flexibilisierte Ladenöffnungszeiten die Wirtschaftsleistung erhöht werden, um die Folgen der Corona-Krise für Läden – und als Nebeneffekt auch für Gastronomen in deren Nachbarschaft – abzufedern. Bern verwehrt den Kantonen weitere Verkaufssonntage, dabei haben einheitliche und liberale Ladenöffnungszeiten mehrere positive Effekte: Zum einen erhöhen sie die Konkurrenzfähigkeit der Geschäfte hinsichtlich Onlineangeboten. Die Innenstädte der urbanen Zentren sind von den Lockdowns besonders hart getroffen worden, ermöglichen wir diesen Unternehmen, die Einbussen wieder wettzumachen und Arbeitsplätze zu erhalten. Zum anderen haben Bereiche mit ausgeweiteten Ladenöffnungszeiten auch eine tiefere Kundenkonzentration zur Folge, was epidemiologisch sinnvoll ist und

auch zu einer angenehmeren Arbeitssituation bei der Kundenbetreuung führt. Überdies setzen sie Anreize, dass Gäste ihren Aufenthalt auf den Sonntag ausdehnen. Eine Öffnung fördert auch den innerschweizerischen Tourismus und begünstigt Tagesausflüge.

Und zu guter Letzt werden weitere Arbeitsplätze an Randzeiten geschaffen. Denn es gibt viele Arbeitnehmende, welche gerne an Sonntagen arbeiten und vom Sonntagszuschlag profitieren wollen. Selbstverständlich müssen arbeitsrechtliche Vorgaben erfüllt werden. Für Arbeitssuchende dürften aber die Chancen steigen, dank einer allfälligen Stellenzunahme den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Offenbar sind liberale Öffnungszeiten zu annehmbaren Arbeitsbedingungen durchaus zu schaffen. Denn trotz Berns Nein zu Verkaufssonntagen, werden in Sachen Öffnungszeiten nicht alle Kantone gleichbehandelt. Berggemeinden beispielsweise haben ihre Geschäfte geöffnet. Ist es liberal, wenn der Bevölkerung vorgeschrieben wird, wie und wo sie ihre Ferien gestalten soll? Oder warum ist Shoppen in Ski- und Wandergebieten in Ordnung, in Zürich aber nicht? In beiden Fällen leisten andere Menschen Sonntagsarbeit.

Wir hätten es sehr begrüsst, wenn das Parlament in Bern auch ein Herz für die Zürcher Detailhändler gezeigt und eine rasche Umsetzung ermöglicht hätte. Offenbar ist in diesem Fall ein Zeichen aus Zürich nötig, weshalb wir diese Standesinitiative zur zeitlichen Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten unterstützen. Leider ist eine Standesinitiative ein langsamer Weg. Damit es parallel dazu etwas rascher vorwärtsgeht, haben wir kürzlich unseren Vorstoss (*KR-Nr. 94/2021*) für liberalere Ladenöffnungszeiten in Zürcher Innenstädten eingereicht, damit wir uns raschestmöglich auch wirtschaftlich wieder erholen können. Besten Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Einmal mehr wird von der SVP und FDP versucht, die Ladenöffnungszeiten auszuweiten, auch dieses Mal durch die Corona-Hintertür. Die Sonntagsverkäufe sollen von heute vier pro Jahr auf eine höhere Anzahl ausgeweitet werden. In Klammern steht da tatsächlich, dass man sich einen Sonntagsverkauf pro Monat vorstellen könnte. Fragwürdig sind die aufgeführten Argumente: Die kleinen Dienstleistungsanbieter würden besonders profitieren, wird da zum Beispiel behauptet. Doch gerade für die kleinen Läden sind Sonntagsverkäufe eine grosse Herausforderung. Es muss ein Tag mehr Lohn bezahlt werden. Und wird das Geschäft alleine geführt, fällt auch noch der einzige arbeitsfreie Tag weg. Die kleinen Läden sind also nicht ohne weiteres in der Lage, erweiterte Dienstzeiten, Dienstschichten abzudecken. Die Ausdehnung der Öffnungszeiten begünstigt hauptsächlich grosse Ketten und ist ein Nachteil für die kleinen Läden. Weiter wird behauptet, dass sich durch die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten die Konsumentinnen und Konsumenten besser verteilen, dass dadurch Ansammlungen von Menschen gar verhindert würden. Auch das stimmt so nicht. Solange Shoppen ein Hobby ist, werden sich die Menschen beim «Lädele» vergnügen wollen, und das führt unweigerlich zur Ansammlung von Menschen. Von den Auswirkungen für das Personal haben wir jetzt nicht gesprochen. Wir Grünen sind der Meinung, es sei allgemein bekannt, dass das Verkaufs-

personal Anrecht auf ein Familienleben hat und im Kanton Zürich die Ladenöffnungszeiten bereits sehr liberal sind. Auf Bundesebene hat nach dem Ständerat auch der Nationalrat am 8. März 2021 – wir haben es bereits gehört – entschieden, dass die Zahl der Verkaufssonntage nicht erhöht werden soll. Damit hat sich diese PI beziehungsweise diese Standesinitiative erübrigt, wir Grünen lehnen sie ab.

Beat Monhart (EVP, Gossau): Und wöchentlich grüsst das Flexibilisierungs-, Steuer- und Abgabensenkungs-, Bürokratieabbau-, Wirtschaft-noch-flotter-macher- und Kommissionsbeschäftigungs-Murmeltier von FDP und SVP (*Anspielung auf den Film «Und täglich grüsst das Murmeltier»*). Nun, einerseits sind diese beiden Parteien definitiv in genügend grosser Zahl in Bern vertreten und das Thema dort bereits behandelt, sodass sich hier eine Standesinitiative erledigt. Ebenso ist für die EVP das Thema Sonntagsverkäufe auch auf dem erwähnten Hintergrund der aktuellen Lage kein neu zu regelndes Thema. Auch wenn es nur zeitlich befristete Massnahmen sein sollen, ist es sicher schwierig, mit dieser Kann-Formulierung dereinst wieder zurückzukrebsen, wenn der Damm einmal gebrochen ist. Wir sind überzeugt, dass die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen absolut genügen und auch heute schon sehr viele Freiheiten erlauben. Wir werden das nicht unterstützen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich kann mit meinem Votum dort weiterfahren, wo Kaspar Bütikofer am letzten Montag (*im Zusammenhang mit der Diskussion über das dringliche Postulat KR-Nr. 63/2021*) aufgehört hat. Ich zweifle wirklich die wirtschaftliche Kompetenz von SVP und FDP mit diesem Vorstoss ganz erheblich an. Sie können ja ziemlich viel, Herr Sulser, und ich schätze Sie als sehr guten Logistiker und Verkäufer. Aber Sie können sicher auch nicht erreichen, dass wir mitten im Sommer Weihnachten feiern. Das ist jetzt einfach vorbei, das können Sie jetzt nicht mehr nachholen und das ist nun wirklich einfach Tatsache. Und dann sagen Sie, wir müssten jetzt sofort handeln. Sie wollen ja eine sehr innovative Partei sein, Herr Bourgeois, sehr dynamisch, jugendlich und so weiter, aber ich meine: Etwas Langweiligeres und Trostloseres als eine Standesinitiative gibt es ja nicht, was wir in diesem Parlament machen können, und dann auch noch von zwei Parteien, die in Bern zusammen fast die Mehrheit haben. Sie könnten das also direkt in Bern einspeisen statt hier auf diesem langweiligen Weg. Jetzt ist das Geschäft ja schon fast ein Jahr auf der Traktandenliste, und wenn wir es mit 60 Stimmen überweisen, was wir ja sicher machen werden, geht es in die Kommission. Und dann kommt es nach anderthalb Jahren wieder hierher in den Rat und bleibt dann nochmals ein Jahr auf der Traktandenliste. Und dann in Bern werden sie sich um diese Standesinitiative reissen. Sie reissen sich in Bern ja generell um Standesinitiativen. Das kommt dort auch zuunterst auf die Traktandenliste und wird dann in zwei Minuten abgehakt. Das ist der Stellenwert, und Sie sagen hier, Sie wollten Wirtschaftspartei sein. Und dann muss ich sagen: Offensichtlich waren Sie am 9. März 2021 oder am ganzen Wochenende 8./9. März im Winterschlaf. Am 9. März hat es der Nationalrat abgelehnt, die Sonntagsverkäufe über

die Corona-Hintertür auszudehnen, der Ständerat hat das auch gemacht. Das ist der Abschied aus den Traktanden, aber das haben Sie gar nicht mitbekommen. Und dann war noch etwas anderes: Am Sonntag zuvor war nämlich noch eine Volksabstimmung im Kanton Bern. Und wir leben hier ja in der Schweiz, wie Sie vielleicht auch wissen, und in der Schweiz bestimmen immer noch das nationale Parlament und allenfalls, wenn es ein Referendum gibt, die Mehrheit der Stimmberechtigten, was Sache ist. Und im Kanton Bern gab es am 8. März eine Abstimmung, ob man den Gemeinden die Kompetenz geben solle, dass sie statt zwei Sonntagsverkäufe in Zukunft vier Sonntagsverkäufe bewilligen können. Hören Sie sich das einmal an: von zwei auf vier. Der Bundesgesetzgeber gibt den Kantonen ja die Möglichkeit, maximal vier Sonntagsverkäufe zu machen. Und was haben die Stimmberechtigten im Kanton Bern gesagt? Sie haben es abgelehnt. Sie haben von zwei auf vier abgelehnt. Das sind ja nicht einfach ein paar Berggemeinden – dort leben gar nicht viele Leute –, das ist auch ein sehr urbanes Gebiet. Ich meine, etwas Linkeres und Urbaneres als Bern oder Biel et cetera gibt es gar nicht, das sind alles urbane Gebiete. Aber das Volk in Bern hat es abgelehnt. Und so ist es auch überall in der Schweiz. Das mit diesen Sonntagsverkäufen ist überhaupt nicht populär, das ist einfach Ihre Ideologie, die Sie nicht aus den Köpfen bringen, und dass Sie noch nicht begriffen haben, dass die Zeiten sich geändert haben und die Leute gar nicht mitmachen wollen. Das ist die Realität. Und deshalb können Sie Ladenhüter auch nicht mit Sonntagsverkäufen loswerden. Das ist einfach die Realität. Hören Sie mal auf und begraben Sie diesen Ladenhüter endgültig.

Lorenz Schmid (Die Mitte, Männedorf): Die Forderung ist grundsätzlich interessant. Besuchten Sie die Innenstädte, auch Zürich, am letzten Sonntag, sahen Sie Heerscharen von Personen durch die Stadt schlendern. Nur, ob daraus auch wirklich Mehrumsätze entstehen, bleibt noch zu beweisen, denn einfach zu öffnen, bringt keinen Mehrumsatz. Das hat der letzte Sechseläuten-Montag schmerzlich bewiesen. Ich sage «schmerzlich», führe ich doch ein Geschäft, eine Apotheke in der Innenstadt. Am Sechseläuten sind die Geschäfte in der Innenstadt normalerweise geschlossen und sie waren am letzten Montag geöffnet, coronabedingt. Wussten Sie das hier im Saal? Und die Umsätze? Sie waren unterdurchschnittlich. Weder wart ihr als Konsumenten in der Stadt noch waren die Zürcherinnen und Zürcher in der Stadt und haben den geschlossenen Sechseläuten zum geöffneten gemacht. Ob nun die Löhne der kurzfristig aufgebotenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gedeckt sind, überlasse ich Ihrem Urteil. Was möchte ich damit sagen? Die erste Voraussetzung: Im Detailhandel sind nur langfristige Öffnungen und Massnahmen für erweiterte Öffnungszeiten wirklich auch gewinnbringend, und keine coronabedingten Ad-hoc-Öffnungen. Zweite Voraussetzung: Eine erweiterte Öffnungszeit an Sonntagen lohnt sich vorwiegend in touristischen Zentren. Und hier muss ich den Linken widersprechen, Stefan, Jasmin, Markus, Kaspar, Zürich ist ein touristischer Hotspot, und das vorwiegend in Nicht-Corona-Zeiten. Was sich in Zürich übers Wochenende alles an europäischen Wochenendtouristen balgt, das ist einfach nicht zu leugnen, und diese Wochenend-Touristen

sind am Montag weg, verschwunden. Eure Behauptung, dass die Sonntagsumsätze zulasten der Werktagumsätze gingen, ist für Biel richtig, für Zürich schlicht und einfach falsch.

Dritte Voraussetzung, da habe ich jetzt keine mehr, auch wenn sie der Rhetorik geschuldet wäre. Deshalb mein Appell an die Initianten, an die Sozialpartner: Die Forderung nach erweiterten Öffnungszeiten sind prüfenswert, müssen gescheit, langfristig geplant und durchgeführt werden, Cristina, das geht nicht kurzfristig. Und sie sind nur mit und nie gegen die Sozialpartner zu gewinnen. Sie sind nur mit und nie gegen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Denn es geht nicht um das Recht des Einkaufens im Sinne von «Der Kunde ist König», sondern es geht um die Prosperität des Detailhandels, um die Arbeitsplatzsicherung im arg gebeutelten Detailhandel. Das muss man schon sagen, auch in Richtung links. Dieser Aufruf gilt euch, liebe linke Parteien. In Richtung rechts, da braucht es langfristige gemeinsame Konzepte, liebe SVP, GLP und FDP. Und obschon die Nachfrage unter den momentanen Gegebenheiten bestünde, geniesst die Liberalisierung der Öffnungszeiten keine Mehrheit, Markus Bischoff hat das auch bewiesen, siehe die Abstimmung im März im Kanton Bern. Es gab ja auch noch eine Abstimmung im Kanton Zug für plus eine Stunde von 18.30 Uhr bis 19.30 Uhr oder 20 Uhr geöffnet zu haben. Beide Volksabstimmungen wurden abgelehnt. Und auf nationaler Ebene haben wir bereits auch ausgeführt erhalten, dass der Nationalrat und der Ständerat nach grosser Euphorie im März 2021 die erweiterten zusätzlichen Sonntagszeiten verworfen hat.

Aus diesen Gründen, jedoch auch wegen des zahnlosen unmöglichen zahnlosen Instruments der Standesinitiative – Markus Bischoff hat das richtig ausgeführt – verzichten wir auf eine Überweisung. Wir belasten unsere Kommission nicht mit unnützen Arbeiten, die wirklich nichts bringen. Die müssen in Bern gelöst werden. Wir haben im Kanton Zürich vier Sonntagsverkäufe, nutzen aber im Moment nur drei. Daran müssen wir arbeiten. Liebe Kommunen, ihr seid gefordert.

Ratspräsident Roman Schmid: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 174/2020 stimmen 88 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Roman Schmid: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist erledigt.